

MARKTGEMEINDEAMT MOLLN

Nr. 18/2015-2021

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die öffentliche **SITZUNG des GEMEINDERATES**

der Marktgemeinde Molln am 21. Juni 2018

Tagungsort: Nationalparkzentrum Molln, Vortragsraum Gaisberg

Anwesende:

1. Bürgermeister REINISCH Friedrich (ÖVP) als Vorsitzender
2. GRM Buchriegler Regina, Mag. (FH) – (ÖVP)
3. ---
4. GRM RESCH Josef (ÖVP)
5. GRM KÖSSNER Gudrun, Mag. (ÖVP)
6. ---
7. GVM SEEBACHER Gottfried (ÖVP)
8. Vizebgm. HOFBAUER Manfred (SPÖ)
9. GVM WELSER Helmut (SPÖ)
10. GRM HERZOG Erika (SPÖ)
11. GRM AIGNER Walter (SPÖ)
12. GRM BRUNNER Ulrike (SPÖ)
13. GVM SCHOBER Martin (SPÖ)
14. ---
15. GRM WILDAUER Hubert (SPÖ)
16. ---
17. GVM PLATZER Alfred (bim)
18. GRM GASPLMAYR Dominik (bim)
19. GRM KOLLER Markus (bim)
20. ---
21. GRM WAGNER Otmar (FPÖ)
22. GVM PRENTNER Manfred (FPÖ)
23. GRM KORES Bettina (FPÖ)
24. ---
25. GRM SCHMIDBERGER Barbara (FPÖ)

Ersatzmitglieder:

BACHMAYR Otto (SPÖ)	für Wildauer Mario (SPÖ)
WAGNER Christoph (FPÖ)	für Bachmayr Helmut (FPÖ)
RUSSMANN Willibald (bim)	für Rußmann Andreas (bim)
PRILLER Willibald (bim)	für Platzer Christoph (bim)
SIEGHARTSLEITNER Franz (ÖVP)	für Bankler Stefan (ÖVP)
ROHRAUER Robert (ÖVP)	für Jungwirth Andreas (ÖVP)

Leiter des Gemeindeamtes: Mag. Christian Pölz

Es fehlen:

Entschuldigt:

Wildauer Mario (SPÖ)
Jungwirth Andreas (ÖVP)
Bankler Stefan (ÖVP)
Bachmayr Helmut (FPÖ)
Rußmann Andreas (bim)
Platzer Christoph (bim)

Nicht entschuldigt:

Die Schriftführerin: Elisabeth Fischer

Der Vorsitzende eröffnet um 19.10 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde,
- b) die Verständigung hiezu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich am 8.2.2018 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am gleichen Tage öffentlich kundgemacht wurde;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- d) die Verhandlungsschrift über die Sitzung vom ----- bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsichtnahme aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsichtnahme noch aufliegt und gegen die Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

TAGESORDNUNG:

- Punkt 1) Oö. Feuerwehrgesetz; Gefahrenabwehr – u. Entwicklungsplanung (GEP), Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 2) Freiwillige Feuerwehren; Bestellung Pflichtbereichskommandant und Stellvertreter für Periode 2018-2023, Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 3) Straßenbau 2016-2018; Bauprogramm 2018; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 4) Parkplatz Hoisn Haus, Ersatz; Errichtung und Pachtvertrag; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 5) Hausarztstelle Molln; Sicherstellung Nachbesetzung; Grundsatzbeschluss

- Punkt 6) Schülerhort und Nachmittagsbetreuung VS; Beratung und Beschlussfassung
 - a) Schließung Schülerhort
 - b) Beginn und Elternbeiträge Nachmittagsbetreuung VS

- Punkt 7) Rudolf u. Gabriele Federlehner; Ersitzung öffentliches Gut; Gerichtsverfahren; Vergleich; Beratung und Beschlussfassung

- Punkt 8) Flächenwidmungsplan 3/2003; Änderung 3.88; Adelheid und Peter Cernic; Beratung und Beschlussfassung

- Punkt 9) Marktordnung und „Marktrechtsverordnung“; Änderung; Beratung und Beschlussfassung

- Punkt 10) Aktion „Junge Gemeinde“; weitere Teilnahme; Beratung und Beschlussfassung

- Punkt 11) Amtliche Mitteilung August 2017; Auftrag an Bürgermeister zur Richtigstellung; Beratung und Beschlussfassung

- Punkt 12) Rechnungsabschluss für das Finanzjahr 2017; Prüfbericht BH Kirchdorf/Krems; Kenntnisnahme

- Punkt 13) Rückgabe der Wohnungsvergaben an Vermieter „Gem. Wohn- u. Siedlungsgenossenschaft Ennstal reg. Gen.m.b.H. Liezen“

- Punkt 14) Allfälliges

Im Anschluss an die Gemeinderatssitzung ist bei Bedarf eine Bürgerfragestunde entsprechend den beschlossenen Richtlinien vorgesehen.

Der Bürgermeister informiert darüber, dass der **Sitzungsplan für das 2. Halbjahr 2018** durchgeht und jedes Mitglied den Empfang zu bestätigen hat.

Anschließend gibt er bekannt, dass **1 Dringlichkeitsantrag** von der bim-Fraktion vorliegt und zwar:

Rückgabe der Wohnungsvergaben an Vermieter

Er bringt den Antrag zur Kenntnis und lässt anschließend über die Aufnahme abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 15 Ja-Stimmen (ÖVP, FPÖ – ohne Prentner, da nicht anwesend, bim – ohne Koller, 8 Nein-Stimmen (SPÖ) und 1 Stimmenthaltung (Koller, bim) durch Heben der Hand, folgende Angelegenheit als Tagesordnungspunkt 13) zu behandeln:

Rückgabe der Wohnungsvergaben an Vermieter

Der Bürgermeister geht anschließend zur Tagesordnung über.

Punkt 1) Oö. Feuerwehrgesetz; Gefahrenabwehr – u. Entwicklungsplanung (GEP), Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** berichtet, dass aufgrund des Oö. Feuerwehrgesetz 2015 und der Oö. Feuerwehr-Ausrüstungs- und Planungsverordnung die Gemeinden unter Beiziehung der Feuerwehren für ihr Gemeindegebiet eine Gefahrenabwehr- und Entwicklungsplanung (GEP) durchzuführen haben. Über die Ergebnisse der GEP wurden die Gemeinderäte am 29.5.18 vom Kommandanten der FF Molln Armin Steiner im Rahmen eines Vortrages informiert und ist dieses auch mit der Einladung an alle GRM ergangen.

Vom GR ist nunmehr zu beschließen, ob die Ergebnisse der GEP als schlüssig oder un schlüssig zur Kenntnis genommen werden und ob die darin dargestellten Maßnahmen als geeignet, teilweise geeignet oder nicht geeignet beurteilt werden und ob die Maßnahmen umgesetzt und die Fahrzeuge entsprechend beschafft werden. Der Bürgermeister ersucht um Wortmeldungen.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ), GRM Rohrauer (ÖVP) und GVM Platzer (bim) bedanken sich anschließend bei den Feuerwehren für ihren Einsatz und geben namens ihrer Fraktionen die Zustimmung.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand, die vorliegenden GEP-Ergebnisse als schlüssig zur Kenntnis zu nehmen, die darin dargestellten Maßnahmen werden als geeignet beurteilt und umgesetzt sowie die Fahrzeuge entsprechend beschafft.

Punkt 2) Freiwillige Feuerwehren; Bestellung Pflichtbereichskommandant und Stellvertreter für Periode 2018-2023, Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass gem. § 2 Oö. Feuerwehrwahlordnung die Mitglieder der Kommanden der freiwilligen Feuerwehren bis 30. April jeden Wahljahres zu wählen sind. Haben im Pflichtbereich einer Gemeinde mehrere Feuerwehren ihren Standort, hat der Gemeinderat aus den Reihen der gewählten Kommandanten einen Pflichtbereichskommandanten und dessen Stellvertreter gem. § 9 Feuerwehrgesetz mit Bescheid zu ernennen. Als Pflichtbereichskommandant wird der Kommandant der FF Molln Armin Steiner vorgeschlagen. Der Stellvertreter soll laut Vorschlag in folgender Reihenfolge jährlich wechseln:

2018/2021 Hubert Feldmann/FF Ramsau
2019/2022 Gerald Mißbichler/FF Breitenau
2020/2023 Hubert Trinkl/FF Frauenstein

Er ersucht um Wortmeldungen.

GVM Welser (SPÖ) gibt namens seiner Fraktion die Zustimmung.

GVM Platzer (bim) bedankt sich bei Robert Mayrhofer für seine langjährige Tätigkeit als Feuerwehrkommandant und gratuliert anschließend dem neu gewählten Kommandanten Armin Steiner.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand:

- die Bestellung von Steiner Armin zum Pflichtbereichskommandanten der FF-Molln;
- die Bestellung der Pflichtbereichskommandanten-Stellvertreter in jährlich wechselnder Reihenfolge:
Feldmann Hubert, FF-Ramsau, 2018 und 2021;
Mißbichler Gerald, FF-Breitenau, 2019 und 2022;
Trinkl Hubert, FF-Frauenstein, 2020 und 2023

Punkt 3) Straßenbau 2016-2018; Bauprogramm 2018; Beratung und Beschlussfassung

Der Bürgermeister sagt, nachdem in der letzten GR-Sitzung die Angelegenheit vertagt und dem Straßenausschuss zur neuerlichen Vorberatung zugewiesen wurde, hat der Ausschuss getagt und es ist zu keinem eindeutigen Ergebnis gekommen. Es wurde aber auch beschlossen, dass in der heutigen GRS 2 Varianten zur Abstimmung kommen sollen und eine davon als Bauprogramm 2018 beschlossen werden soll.

Variante 1:

Zufahrt Neubau WG Familie/Asphaltierung	€ 10.000,-- inkl. MwSt.
Gehsteig Hoisn Haus samt Ersatzparkplatz	€ 20.000,-- inkl. MwSt.
Kreuzung Au-Hafnerstraße/Sanierung	€ 38.400,-- inkl. MwSt.

sowie Schmiedstraße (Unterbrunner-Brücke)/abfräsen und asphaltieren - hier ist erst heute die Kostenschätzung von der Fa. Swietelsky eingelangt und wird in einem Bereich von € 88.000,- liegen. Der Rest soll eventuell einer Rücklage zugeführt werden.

Variante 2:

Zufahrt Neubau WG Familie/Asphaltierung	€ 10.000,-- inkl. MwSt.
Gehsteig Hoisn Haus samt Ersatzparkplatz	€ 20.000,-- inkl. MwSt.
Messerstraße/Sanierung Teilstück	€ 110.400,-- inkl. MwSt.
Austraße/Sanierung Teilstück	unbekannt

sowie Planung Gesamtkonzept Schmiedstraße – dafür liegt leider keine Kostenschätzung vor, weil sich das in der Kürze nicht ausgegangen ist.

An Finanzierungsmitteln stehen rd. € 200.000,-- inkl. MWSt zur Verfügung.
Er ersucht um Wortmeldungen.

GVM Schober (SPÖ) spricht die Straßenausschusssitzung an und sagt, dass er eigentlich vom Bürgermeister bzw. Straßenausschussobmann ein schlüssiges Konzept erwartet hätte. Leider hat sich aber dann herausgestellt, dass das nicht so war., denn es fehlen die Planungen. Im

Hinblick auf die Sanierung der Schmidstraße gibt es einen Vorschlag, dass nur eine Billigvariante genommen wird – drüberasphaltieren, ohne Frostkoffer. Letztendlich war man sich einig, dass man die Asphaltierung der Zufahrtsstraße bei der WG Familie und den Gehsteig beim Hoisn Haus machen soll. Über die anderen Straßen ist man sich nicht einig geworden, deshalb gibt es diese 2 Varianten. Diese unterscheiden sich aber nicht nur von den Straßenzügen, die gemacht werden sollen, sondern auch von der Art der Sanierung - ob man nur abfräst oder ob auch ein Unterbau gemacht wird. Er möchte jetzt einen *Änderungsantrag stellen, dass anstelle der Austraße/Sanierung Teilstück die Sanierung der Kreuzung Au-Hafnerstraße bei der Variante 2 gemacht wird.* Das ist die bevorzugte Variante der SPÖ. Da kommt man mit den Kosten auf ca. € 180.000,--, d.h. es bleiben € 20.000,-- übrig und auch die Zeit für die Planung der Schmiedstraße, damit diese dann nächstes Jahr ordentlich gemacht werden kann.

Er spricht die Variante 1 an mit Gesamtkosten in Höhe von € 160.000,-- und sagt, dass dann € 40.000,-- übrig bleiben würden! Molln hat so viele sanierungsbedürftige Straßen und dann hat man nach der 3. Straßenausschusssitzung noch einen Betrag übrig in Höhe von € 40.000,--, wo man nicht weiß, für welche Straßen das Geld verwendet wird, also das versteht er überhaupt nicht, so GVM Schober.

Der **Bürgermeister** sagt, im Hinblick auf die Sanierung der Schmiedstraße und der Gemeindefinanzierung neu hat er mit mehreren Gemeinden bzw. Firmen Kontakt gehabt und die Auskunft erhalten, dass die meisten Gemeinden die Straßen abfräsen und einen stärkeren Asphaltbelag aufziehen. Man geht davon aus, dass das auch bei der Schmiedstraße genügen wird.

GRM Resch (ÖVP) sagt, dass er auch immer dafür gewesen ist, wenn etwas saniert wird, dann soll es ordentlich gemacht werden. Aber in diesem Fall ist das bei der Schmiedstraße einfach nicht notwendig, das ist die Ansicht der ÖVP. Er verweist auch auf die vielen Zufahrten entlang der Straße und sagt, wenn man das alles machen soll, ist das finanziell nicht möglich und zwar für die nächsten 5 Jahre nicht. Außerdem wurde die Straße immer wieder aufgeschnitten und ist ein Fleckerlteppich – das hat mit dem Unterbau nichts zu tun. Wenn man das jetzt macht, muss man eventuell einen Baustopp auf 10 Jahre verhängen. Auch gibt er zu bedenken, dass vielleicht durch das Aufgraben der Gehsteig mitgemacht werden muss und dann braucht man das Geld, das übrigbleibt.

Anschließend gibt es noch eine umfangreiche Diskussion über die Sanierung der Schmiedstraße, an der sich die GRM Herzog (SPÖ), Wagner (FPÖ), Resch (ÖVP), Gasplmayr (bim), GVM Schober (SPÖ) und der Bürgermeister beteiligen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 14 Ja-Stimmen (ÖVP, bim – ohne Koller und Rußmann sowie FPÖ – ohne Schmidberger), 10 Nein-Stimmen (SPÖ sowie Koller und Rußmann – beide bim) und 1 Stimmenthaltung (Schmidberger, FP) durch Heben der Hand folgendes Straßenbauprogramm für 2018:

Variante 1 in folgender Reihenfolge:

Zufahrt Neubau WG Familie/Asphaltierung	€ 10.000,-- inkl. MwSt.
Gehsteig Hoisn Haus samt Ersatzparkplatz	€ 20.000,-- inkl. MwSt.
Schmiedstraße (Unterbrunner-Brücke)/abfräsen u. asphaltieren	€ 88.000,-- inkl. MwSt.
Kreuzung Au-Hafnerstraße/Sanierung	€ 38.400,-- inkl. MwSt.

Punkt 4) **Parkplatz Hoisn Haus, Ersatz; Errichtung und Pachtvertrag; Beratung und Beschlussfassung**

Der **Bürgermeister** sagt, dass im Zuge der Errichtung des Gehsteiges beim Hoisn Haus der dortige Parkplatz aufgelassen werden muss. Als Ersatz soll die Gemeinde entlang der Sägewerkstraße einen ca. 40 m langen und ca. 6,5 m breiten Parkplatz errichten. Die Kosten hierfür wurden bei den Errichtungskosten des Gehsteiges berücksichtigt. Die Errichtung des mit Recyclingmaterial versehenen Parkplatzes erfolgt auf den Grundstücken Nr. 790/1 und 791/1, beide KG Molln, von Ute und Herbert Stöger. Es ist daher ein Pachtvertrag mit der Fam. Stöger abzuschließen, wobei der jährliche Pachtzins € 100,- betragen soll. Der Vertrag soll mit einem jährlichen Kündigungsrecht beider Seiten auf unbestimmte Zeit abgeschlossen werden. Der Bürgermeister bringt den Entwurf des Pachtvertrages zur Kenntnis und ersucht um Wortmeldungen.

GVM Schober (SPÖ) sowie die GRM Wagner (FPÖ) und Kössner (ÖVP) bedanken sich bei der Familie Stöger für die Zurverfügungstellung des Grundes und geben namens ihrer Fraktionen die Zustimmung.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand die Errichtung eines Parkplatzes entlang der Sägewerkstraße im Zuge der Errichtung des Gehsteiges beim Hoisn Haus sowie den vorliegenden Pachtvertrag mit Stöger Herbert und Ute mit einem jährliche Pachtzins in Höhe von € 100,-.

Punkt 5) **Hausarztstelle Molln; Sicherstellung Nachbesetzung; Grundsatzbeschluss**

Der **Bürgermeister** sagt, dass die Ärzte Dr. Martin Gärtner und Dr. Peter Schilcher zur Absicherung der hausärztlichen Grundversorgung in Molln eine Offene Gesellschaft (OG) gründen wollen. Die Gemeinde soll dazu in den nächsten 10 Jahren eine Subvention in Höhe von insgesamt € 100.000,- leisten, wobei 2019 und 2020 jährlich € 26.000,-, 2021 – 2028 jährlich € 6.000,- zu zahlen sein werden. Er ersucht um Wortmeldungen.

GRM Aigner (SPÖ) sagt, dass Dr. Gärtner 2020 in Pension gehen wird und man die Möglichkeit nutzen sollte. Längerfristig gesehen ist die Arztstelle dann mit Dr. Schilcher besetzt und er spricht sich für die Unterstützung in der vorgesehenen Form aus.

GRM Buchriegler (ÖVP) sagt, dass es erfreulich ist, dass man einen Jungarzt gefunden hat und die ärztliche Versorgung sichergestellt ist. Dazu soll heute der Grundsatzbeschluss gefasst werden. Wichtig ist es, dass man Räumlichkeiten für Dr. Schilcher findet und sie verweist auf die Räumlichkeiten der „alten Post“. Anschließend gibt sie die Zustimmung.

Auch **GRM Wagner (FPÖ)** spricht sich dafür aus und sagt, dass es zwar viel Geld ist, aber die ärztliche Versorgung sichergestellt werden muss.

Der **Bürgermeister** sagt, dass auch die Qualität steigt, wenn in Zukunft 2 Ärzte in Molln praktizieren.

GRM Gasplmayr (bim) sagt, dass es nicht sicher ist, ob die Praxis im Haus Gärtner bleiben kann, man müsste ein Gebäude zur Verfügung stellen können. Auch er verweist darauf, dass heute nur der Grundsatzbeschluss gefasst wird und man heute noch keinen Betrag festlegen sollte.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) sagt, er würde die Finanzierung heute auch nicht beschließen. Er hat selber mit den Ärzten gesprochen und er spricht sich auch für eine Unterstützung aus. € 100.000,- ist aber ein hoher Betrag und woanders muss man einsparen.

GRM Aigner (SPÖ) sagt, dass eine Arztstelle die Gemeinde lebenswerter macht und man die Zahlungen einstellen müsste, wenn Dr. Schilcher aus Molln weggehen würde. Er ist aber dafür, dass man das heute so beschließt.

GVM Platzer (bim) verweist darauf, dass das € 100.000,- sind, die man woanders wegnimmt. Ursprünglich hat man von einem geringeren Zuschuss gesprochen und was ist, wenn Dr. Gärtner das Haus verkauft? Er spricht sich für die Sanierung des „alten“ Postgebäudes aus.

GRM Gasplmayr (bim) stellt einen *Abänderungsantrag dahingehend, den Grundsatzbeschluss heute zu fassen, aber ohne Betrag – dieser soll noch verhandelt werden.*

GRM Buchriegler (ÖVP) gibt zu bedenken, dass man ein halbes Jahr Gespräche mit den Ärzten geführt hat und diese genau gesagt haben, was sie wollen.

GRM Herzog (SPÖ) gibt zu bedenken, dass man dann wahrscheinlich keinen Arzt mehr finden wird.

GRM Aigner (SPÖ) sagt, dass man verbindliche Zusagen getroffen hat und er nicht sicher ist, wenn der Betrag nicht beschlossen wird, ob Molln dann noch einen Arzt hat.

GVM Platzer (bim) sagt, dass die bim immer ihre Position vertreten hat, 2 Jahre Mietzuschuss sind für bim in Ordnung und dann muss man ein geeignetes Gebäude zur Verfügung stellen.

GRM Gasplmayr (bim) sagt, dass man mehr hergibt, als die Ärzte fordern.

GRM Wagner (SPÖ) sagt, dass ihm das neu ist, dass die Gemeinde mehr hergibt – das war der kleinste gemeinsame Nenner!

GVM Schober (SPÖ) sagt, dass für ihn die politische Abstimmung fehlt und die Angelegenheit von keinem Ausschuss behandelt wurde. Auch gibt es einen Vorschlag von der Familie Hackenberger. Aus diesem Grund stellt er den *Antrag auf Zuweisung an den Ausschuss Soziales, Senioren, Wohnungsvergaben und Familie.*

Der Bürgermeister lässt anschließend über den Antrag von GVM Schober abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat lehnt mit 17 Nein-Stimmen (ÖVP, FPÖ, bim – ohne Koller und Rußmann, Aigner und Brunner – beide SPÖ) und 8 Ja-Stimmen (SPÖ – ohne Aigner und Brunner sowie Koller und Rußmann – beide bim) durch Heben der Hand die Zuweisung an den Ausschuss Soziales, Senioren, Wohnungsvergaben und Familie ab.

AL Mag. Pölz sagt, im Hinblick auf die Mollner Finanzsituation wundert ihn dieser Betrag. In Grünburg wurde die Arztstelle auch ausgeschrieben und auch nachbesetzt, ohne dass die Gemeinde etwas bezahlt hat.

GVM Platzer (bim) sagt, GRM Aigner hat bei dem Ärztegespräche den Vorschlag über die Zahlung von € 100.000,-- eingebracht, ohne das mit den Fraktionen abzusprechen.

GRM Aigner (SPÖ) sagt, dass er nicht fahrlässig gehandelt hat, auch GRM Buchriegler war dabei.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister über den TO-Pkt. 5) abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst mit 18 Ja-Stimmen (ÖVP, FPÖ, SPÖ – ohne Schober und Hofbauer), 2 Nein-Stimmen (Platzer und Priller – beide bim) und 5 Stimmenthaltungen (Schober und Hofbauer – beide SPÖ, bim – ohne Platzer und Priller) durch Heben der Hand den Grundsatzbeschluss, zur Absicherung der hausärztlichen Grundversorgung in Molln, der noch zu gründenden Offenen Gesellschaft (OG) der Ärzte Dr. Martin Gärtner und Dr. Peter Schilcher eine Subvention in Höhe von insgesamt € 100.000,-- zu gewähren.

Der Betrag wird wie folgt geleistet:

- 2019 und 2020 jährlich € 26.000,--
- 2021 bis 2028 jährlich € 6.000,-

Punkt 6) Schülerhort und Nachmittagsbetreuung VS; Beratung und Beschlussfassung

c) Schließung Schülerhort

d) Beginn und Elternbeiträge Nachmittagsbetreuung VS

Der **Bürgermeister** sagt, dass in der GR-Sitzung am 19.4.2018 der Grundsatzbeschluss zur Einführung der ganztägigen Schulform an der VS Molln beschlossen wurde. Da nunmehr eine ausreichende Anzahl an verbindlichen Anmeldungen für die Nachmittagsbetreuung an der VS vorliegt, soll der Hortbetrieb mit 31.8.2018 eingestellt werden und die Nachmittagsbetreuung an der VS mit Beginn des Schuljahres 2018/2019 starten.

Der Elternbeitrag soll mit € 6,25 pro Tag und Kind festgesetzt werden.

Der Bürgermeister ersucht um Wortmeldungen.

GRM Brunner (SPÖ) sagt, dass sie schon viel zu diesem Thema ausgeführt hat. Fakt ist, dass das Land OÖ. Hortgruppen mit einem Beitrag von € 32.000,- pro Gruppe fördert – das ist und bleibt gesichert und wurde nicht abgeschafft. Wie sie auch schon gesagt hat, kann lt. Pflichtschulorganisationsgesetz eine regionale, bereits bestehende, Einrichtung nicht mit einer Nachmittagsbetreuung abgetauscht werden bzw. auch der Hort nicht geschlossen werden. Die Eltern sind verunsichert worden, weil es Abfragen sowohl vom Hort im März und erst kürzlich im Mai eine dringende Abfrage für die Anmeldung in der Nachmittagsbetreuung gegeben hat. Sie sagt, wenn man sich das ansieht, was seit Dezember passiert, dass z. B. der Hortleiterin die Leitung entzogen wird, das Stunden gekürzt werden usw., dann kann man auch die Verunsicherung der Eltern verstehen. Die Eltern haben ihre Kinder natürlich auch in der Nachmittagsbetreuung angemeldet, aber wie gesagt aus Verunsicherung. Den Eltern ist das hoch anzurechnen, dass sie sich über Elternvertretungen so einbringen. Man sieht, wie wichtig es ist, wenn man unsere erstklassigen Kinderbetreuungseinrichtungen betrachtet. Jetzt sollen

Einschnitte passieren, die einfach in die Zukunft gehen. Was ist unsere Zukunft, so GRM Brunner, unsere Zukunft sind die Familien und die Kinder und für diese soll man gesicherte Betreuungseinrichtungen haben. Sie verweist auf die Unterschriftenaktion und die Bürgerfragestunde, die es dazu gegeben hat. Sie sagt, dass das Hortpersonal qualitativste Betreuung leistet. Der Hort unterliegt einer Qualitätskontrolle – es muss ein Betreuungskonzept vorgelegt werden. Bezüglich der Förderung sagt sie, dass diese nach § 15 a bis Schuljahresende 2018/19 gültig ist. Sie fragt sich daher, warum alles jetzt so dringlich ist bzw. findet sie, dass zu wenig darüber beraten wurde, es zu wenige Elterninformationen und zu wenige Ausschusssitzungen gegeben hat. Sowohl die Eltern, als auch das pädagogische Personal wurden verunsichert. Und jetzt soll man das beschließen aufgrund von Sparmaßnahmen und Hintergrund ist die Gemeindefinanzierung neu. Das kann nicht der Hintergrund sein. Anschließend spricht sie die neuen Richtlinien zum Bildungsinvestitionsgesetz an, die ab Schuljahr 2019/20 gültig sind und wo von Funktionären gesagt wurde, dass es ähnliche Anschubfinanzierungen auch weitergeben wird. Sie hat das nicht so herausgefunden – es wird eine Pro Kopf-Förderung geben. Es ist einfach zu wenig Information da! Es gibt auch noch mehrere Möglichkeiten mit einer Nachmittagsbetreuung, die schulische Ganztagsform, es ist aber nie darüber gesprochen worden. Sie findet, dass der Zeitpunkt jetzt nicht gut gewählt ist.

GRM Buchriegler (ÖVP) sagt, dass Molln einen sehr gut geführten Schülerhort hat und die Eltern und Kids sehr zufrieden sind. Es gibt aber auch eine provisorisch geführte Hortgruppe, die sich mit dem Kindergarten die Räume teilt. Das passt auf Dauer nicht. Da standen Pläne von einem Zubau im Kindergarten in der Höhe von über € 200.000,- im Raum, der aus Kostengründen Gott sei Dank nicht durchging. Was war die Folge? Vor vielen Jahren war der Bedarf für die Schülerbetreuung schon enorm, sodass aus Platzgründen die über 10jährigen nicht mehr genommen wurden. Damals entstand die Nachmittagsbetreuung in der HS bzw. NMS. Der Bedarf ist steigend, mit dem Hort können max. 40 Kinder betreut werden, für die NABE in der VS sind jetzt schon 39 Kids angemeldet, da fehlen aber noch die Anmeldungen vom Hort. Das heißt, man wird wahrscheinlich sogar drei Gruppen künftig führen. Auch in der NMS bildet sich bereits die dritte Gruppe, damit ist das ein Erfolgskonzept! Vorteile in der NABE sind, dass die Schüler und Schülerinnen die Hausübung mit den Lehrern machen, das Freizeitangebot ist größer, es steht ihnen ein toller Spielplatz (Beach-Volleyball, Funcourt, Turnsaal, Hallenbad) zur Verfügung. Die Kids sitzen auf altersgerechten Sesseln und Tische, es ist mehr Platz - sie bekommen auch Chill-Ecken. Dafür werden Räume in der VS umgewandelt, der Dachbodenausbau, wie in der vorangegangenen GR-Sitzung besprochen, wird derzeit nicht weiterverfolgt, es befinden sich genügend Räume in der Volksschule. Weiters bleiben die Öffnungszeiten wie beim Hort gleich, auch eine Sommerbetreuung wird es weiterhin geben, wenn Bedarf ist. Die Freizeit ist weiterhin vom Fachpersonal geführt, es wird weiterhin Hortpersonal benötigt. Zusammenfassend kann gesagt werden, es gibt gleiche Öffnungszeiten, das Personal besteht aus Lehrer und Fachpersonal und es wird billiger, sowohl für die Eltern, als auch für das Gemeindebudget! Die ÖVP wird daher dem Antrag zustimmen.

GVM Platzer (bim) spricht die Gemeindefinanzierung neu an und sagt, dass man dadurch gezwungen wurde, sich Schritte zu überlegen – vielleicht hätte man das schon eher machen sollen. Ihn wundert bei dieser Diskussion immer, dass von einer Schlechterstellung für die Kinder gesprochen wird. Das sieht bim überhaupt nicht so. Die Kinder haben eine Betreuung und das ist das Entscheidende. Den Eltern geht es darum, ihre Kinder richtig unterzubringen und versorgt zu wissen, sowohl schulisch, als auch im Freizeitbereich. Was ist die Realität im Hort - man spricht bei 2 Gruppen von 38 Kindern, in Wahrheit sind es aber viel weniger Kinder. Bezüglich der Sparmaßnahmen muss man sich einfach an die Gegebenheiten, an die Wirklichkeit, anpassen und das ist bis jetzt nicht passiert. Bisher war es so, egal wie viele Kinder anwesend waren, es war immer die gleiche Personalanzahl anwesend – und das muss man eben

regulieren. Es gibt natürlich gewisse Einschnitte und es gibt Angebote an die Dienstnehmer, in die neue Betreuung mitzugehen. Es liegt an den Dienstnehmern selber, ob sie das wahrnehmen wollen oder nicht. Es ist ihm auch völlig bewusst, so GVM Platzer, dass es Sieger und Verlierer geben wird. Das möchte er gar nicht verhehlen, aber die Kinder werden nicht die Verlierer sein. Es gibt geänderte Gegebenheiten und das muss man zur Kenntnis nehmen. Die Kinder sind und werden nicht schlechter gestellt und für das setzen sich alle ein.

GRM Wildauer (SPÖ) wendet sich an die ÖVP-Fraktion und sagt, dass diese mit ihrer Kirchdorfer Gewerkschaftskollegin reden sollen, die die Aussage getroffen hat, dass es einen massiven Unterschied zwischen Qualität Hort und NABE gibt. Er gibt das zu bedenken. Man hat auch gesagt, dass man € 100.000,- einspart und dass sich dabei nichts ändert. Das sieht man ja jetzt, es ändert sich genug. Er findet die Kündigungen eine Frechheit, denn alle verlieren. Ja, die Kinder werden betreut, aber wie betreut, das ist eine andere Frage. Sparmaßnahmen sind schon in Ordnung, aber in Molln wird nur bei den Kindern gespart. Er war damals schon dagegen und er wird auch heute dagegen sein.

Der **Bürgermeister** sagt, dass seine Aussage damals war, dass man in der Jugendbetreuung € 80.000,- bis € 100.000,- sparen wird.

GRM Buchriegler (ÖVP) sagt zu GRM Wildauer, dass sie mit der Kirchdorfer Kollegin darüber gesprochen hat. Das stimmt, dass diese gesagt hat, dass der Hort besser ist als eine Nachmittagsbetreuung. Als ihr GRM Buchriegler aber gesagt hat, dass die Mollner NABE vom Fachpersonal geführt wird, hat sie aber gesagt, dass es dann keinen Unterschied gibt!

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) sagt, dass er vor kurzem bei einer Besprechung mit dem Ausschussobmann, dem Bürgermeister und dem Hortpersonal dabei war. Da wurden Vorschläge übergeben und er fragt, ob diese behandelt wurden. Er ersucht GVM Prentner um Erläuterung dazu.

GVM Prentner (bim) sagt, dass es u.a. auch um die Integrationskinder in der Nachmittagsbetreuung geht, er hat sich das angeschaut, es ist alles in der NABE integriert.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) sagt, dass in Molln eine sehr, sehr gute Einrichtung zerschlagen wird und zwar aus finanziellen Gründen. Molln hat eine der besten Kinderbetreuungseinrichtungen - nicht nur im Bezirk, sondern im ganzen Land. Da geht es um persönliche Schicksale und unser Bürgermeister, ein ehemaliger Gewerkschafter, trifft die Aussage, dass das Personal zu den gleichen Bedingungen übernommen wird. Es stellt sich aber heraus, dass man eine Hortpädagogin gar nicht als Pädagogin in der Nachmittagsbetreuung anstellen kann und diese Pädagogin einen Gehaltsverlust von 52 % erleidet. Das ist ja das größte Lohndumping von Europa, wenn man die gleiche Leistung bringen muss mit einer Lohneinbuße von 52 %. Und wenn in den Medien zitiert wird, dass das mit Pensionsabgängen über die Bühne geht - von diesen Hortbediensteten geht zur Zeit niemand in Pension, so der Vizebürgermeister. Und wenn der Hort jetzt geschlossen wird, ist es so, dass das Personal gekündigt wurde und man sich überhaupt keine Gedanken gemacht hat, wie das mit den Kündigungsfristen geht. Ihn verwundert das alles sehr. Die Eltern haben sich ja nur aus Verunsicherung in der NABE angemeldet, weil sie eine Betreuung brauchen für ihre Kinder, wenn der Hort geschlossen wird. Jetzt wird eine Ruck-Zuck-Aktion oder besser gesagt, eine Husch-Pfusch-Aktion gemacht und bis jetzt weiß man noch nicht, wieviel Personal man in der NABE benötigt. Das steht noch nicht fest. Aber man hat alle gekündigt. Es wäre doch vernünftig gewesen, dass das vorher ausgearbeitet und noch einmal besprochen wird, dass man sich auch Gedanken macht – denn es gibt schon mehrere Schicksale dabei. Von sozial weit, weit weg. Und wenn man in der

Zeitung liest, der Hort muss optimiert werden - man braucht den Hort nicht optimieren, der läuft optimal!

Der **Bürgermeister** sagt, dass er ergänzen möchte, dass er nach wie vor Gewerkschafter ist.

GRM Brunner (SPÖ) verweist auf den Vorschlag zur Weiterführung einer I-Gruppe, wo Kinder mit einem erhöhten Förderbedarf von Stützkräften betreut werden. Diese Stützkräfte werden vom Land Oö. bezahlt und der Vorschlag war der, dass es eine Weiterführung der Gruppe gibt. Das wird aber nicht einmal bedacht.

GRM Herzog (SPÖ) sagt, sie möchte, dass die Kinder in Molln betreut und nicht von irgendjemanden beaufsichtigt werden.

GVM Prentner (FPÖ) sagt, dass die Kinder nicht nur betreut werden, sondern pädagogisch betreut werden. Es gibt ein pädagogisches Konzept, die Kinder werden genauso betreut, wie im Hort. Es geht nicht nur um den Hort alleine, es gibt ein Projekt, es gibt ein Gesamtkonzept. Er als Ausschussobmann hat den Auftrag erhalten, die Krabbelgruppe in den Kindergarten zu überführen und dazu muss der Hort in die Nachmittagsbetreuung übergeleitet werden. Dazugekommen ist jetzt auch noch der Antrag bezüglich einer 6. Kindergartengruppe. Er weist darauf hin, dass die Krabbelgruppe und auch die 2. Gruppe im Hort als Provisorium geführt werden und das nicht mehr lange so gehen wird. Darum will man jetzt auch endlich etwas Gescheites machen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt durch Heben der Hand:

- a) mit 15 Ja-Stimmen (ÖVP, FPÖ, bim – ohne Rußmann und Koller), 9 Nein-Stimmen (SPÖ sowie Koller, bim) und 1 Stimmenthaltung (Rußmann, bim) die Schließung des Schülerhortbetriebes mit 31.8.2018;
- b) mit 15 Ja-Stimmen (ÖVP, FPÖ, bim – ohne Rußmann und Koller), 7 Nein-Stimmen (SPÖ – ohne Herzog, da nicht anwesend) und 2 Stimmenthaltungen (Rußmann und Koller, beide bim) den Start der Nachmittagsbetreuung an der VS-Molln mit Schuljahr 2018/19. Der Elternbeitrag wird mit € 6,25 pro Tag und Kind festgesetzt.

Punkt 7) Rudolf u. Gabriele Federlehner; Ersitzung öffentliches Gut; Gerichtsverfahren; Vergleich; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass von den Ehegatten Federlehner in Zusammenhang mit der Ersitzung eines Teilstückes der öffentlichen Wegparzelle Nr. 2019, KG Ramsau, Klage gegen die Marktgemeinde Molln beim BG Kirchdorf eingebracht wurde. Im Zuge der vorbereitenden Tagsatzung beim BG Kirchdorf am 4.12.2017 wurde Vergleichsmöglichkeiten besprochen und dann vorerst einfaches Ruhen des Verfahrens dahingehend vereinbart, dass von der Klagsseite ein Vergleichsvorschlag unterbreitet wird.

Über die Annahme des nunmehr vorliegenden Vergleichsangebotes, welches mit der Einladung an alle GRM ergangen ist, ist vom GR abzustimmen. Er schlägt vor, dass Vergleichsangebot abzulehnen und ersucht um Wortmeldungen.

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 24 Ja-Stimmen (SPÖ, ÖVP, bim, FPÖ – ohne Wagner Chr.) und 1 Stimmenthaltung (Wagner Chr. – FPÖ), dass das Vergleichsangebot der Klagsseite bezüglich der Ersitzung der öffentlichen Wegparzelle Nr. 2019, KG Ramsau, durch die Ehegatten Rudolf und Gabriele Federlehner abgelehnt wird.

Punkt 8) Flächenwidmungsplan 3/2003; Änderung 3.88; Adelheid und Peter Cerncic; Beratung und Beschlussfassung

Der Bürgermeister sagt, dass Adelheid und Peter Cerncic, Jungmairweg 16, die Umwidmung ihrer Parzelle 150/16, KG Molln, im Ausmaß von 295 m², von derzeit „Grünland“ in „W“-Wohngebiet beantragt haben. Eine positive Stellungnahme des Ortsplaners liegt vor. Auf Grund der Geringfügigkeit soll diese Umwidmung im sogen. „verkürzten Verfahren“ abgehandelt werden, d.h. es ist lediglich eine einmalige Beschlussfassung im Gemeinderat erforderlich. Er ersucht um Wortmeldungen.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) spricht sich für ein „verkürztes Verfahren“ aus und gibt namens seiner Fraktion die Zustimmung.

GRM Kössner (ÖVP) sagt, dass der vorbeiführende Weg/Wanderweg Satterl unbedingt erhalten bleiben soll.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 3.88, Adelheid und Peter Cerncic; Umwidmung Parzelle 150/16, KG Molln, im Ausmaß von 295 m² von derzeit „Grünland“ in „W“-Wohngebiet. Auf Grund der Geringfügigkeit wird diese Umwidmung im „verkürzten Verfahren“ abgehandelt.

Punkt 9) Marktordnung und „Marktrechtsverordnung“; Änderung; Beratung und Beschlussfassung

Der Bürgermeister sagt, dass die beiden Verordnungen dahingehend abgeändert werden sollen, dass die Märkte am 19.3, 24.8 und 28.10. zukünftig am vorhergehenden Samstag anstelle des darauffolgenden Montag stattfinden, wenn diese Markttag auf einen Sonntag fallen sollten.

Die anhebungsberechtigten Arbeiter -, Bauern- und Wirtschaftskammer haben der Änderung bereits zugestimmt. Er bringt den Entwurf der Verordnungen anschließend zur Kenntnis und ersucht um Wortmeldungen.

GVM Schober (SPÖ) regt an, alle Märkte generell an Samstagen abzuhalten.

GRM Gasplmayr (bim) spricht sich für die Änderung aus, weil diese sehr sinnvoll ist.

GRM Kössner (ÖVP) gibt namens ihrer Fraktion die Zustimmung und sagt, dass sich die Kirtage größter Beliebtheit erfreuen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand die Änderung der Marktordnung und der Marktrechtsverordnung dahingehend, dass die Märkte am 19.3., 24.8. und 28.10. zukünftig am vorhergehenden Samstag anstelle des darauffolgenden Montag stattfinden, wenn diese Markttage auf einen Sonntag fallen sollten (Beilage).

Punkt 10) Aktion „Junge Gemeinde“; weitere Teilnahme; Beratung und Beschlussfassung

Der Bürgermeister informiert darüber, dass OÖ. Gemeinden seit dem Jahr 2012 bezüglich Auszeichnung „Junge Gemeinde“ beim Landesjugendreferat ansuchen können. Ziel dieser Initiative ist es, jugendfreundliche Maßnahmen in der Gemeinde zu forcieren und eine Struktur für nachhaltige Jugendarbeit aufzubauen und weiterzuentwickeln. Die Kriterien unterteilen sich in die 3 Bereiche Struktur, Bildung und Aktion. Molln hat sich seit 2012 bei dieser Aktion beteiligt und die Auszeichnung "Junge Gemeinde" im November 2016 wiederum erhalten. Für die neuerliche Teilnahme für die Jahre 2019/2020 ist ein GR-Beschluss nötig. Die Auszeichnung ist mit einer Förderung für die Gemeinde verbunden. Er ersucht um Wortmeldungen.

GVM Prentner (FPÖ) gibt als Ausschussobmann Erläuterungen dazu und spricht sich für die weitere Teilnahme aus.

GRM Gasplmayr (bim) sagt, dass es wichtig ist, dass auch Aktionen gemacht werden.

GRM Brunner (SPÖ) verweist darauf, dass das JUZ immer ein Bereich dieser Aktion war und verweist auf die beschlossene Schließung.

GVM Prentner (FPÖ) sagt, dass die einzigen, die von einer Schließung reden, die SPÖ ist. Man ist mit dem Betreiber nicht zufrieden und daher wurde dieser Vertrag aufgelöst.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand die weitere Teilnahme an der Aktion „Junge Gemeinde“ für die Jahre 2019/2020

Punkt 11) Amtliche Mitteilung August 2017; Auftrag an Bürgermeister zur Richtigstellung; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass diesbezüglich ein Antrag von GVM Schober vorliegt und er ersucht ihn um seine Ausführungen.

GVM Schober (SPÖ) wendet sich an den Bürgermeister und sagt, dass die SPÖ in der GRS im Dezember 2017 die Aussendung angesprochen hat, die er als Bürgermeister im August 2017

gemacht hat und wo er im Zuge der Aussendung, wo er gegen das Bad argumentiert hat, die Aussage getroffen hat, dass die Schüler das öffentliche WC benützen müssen. Er – GVM Schober – hat damals diesbezüglich Informationen von der Schulleitung eingeholt und es hat sich herausgestellt, dass diese Aussage nicht gestimmt hat. Im Zuge der Diskussion hat der Bürgermeister damals gesagt, dass er das im Zuge einer Aussendung richtigstellen wird – das ist jetzt 6 Monate aus und nachdem der Bürgermeister das nicht gemacht hat, hat er nunmehr den Antrag eingebracht. Er hat dem Bürgermeister angeboten, ihm einen Textvorschlag zukommen zu lassen. Nachdem das aber auch nicht passiert ist, hat er selber einen Textvorschlag formuliert. Dieser Vorschlag wurde den Gemeinderatsmitgliedern nicht mit der Einladung übermittelt, deshalb hat er heute den Vorschlag an die Fraktionsvorsitzenden ausgesendet. Er bringt den Text anschließend zur Kenntnis und übergibt den Vorschlag an Elisabeth Fischer als Beilage zum Protokoll.

Der **Bürgermeister** sagt, dass er den Punkt heute auf die Tagesordnung gesetzt hat, weil er vermeiden wollte, dass GVM Schober sich an die Abt. IKD beim Land wendet und er wegen Amtsmissbrauchs angezeigt wird. Die IKD ist der Meinung, dass die Amtlichen Mitteilungen des Bürgermeisters ausschließlich über das Mediengesetz abgehandelt werden. Zuständig ist der Gemeinderat natürlich nicht.

GVM Schober (SPÖ) sagt zum Bürgermeister, ob das heißt, dass er in den Amtlichen Mitteilungen schreiben kann was er will und ob er glaubt, dass er damit durchkommt.

Der **Bürgermeister** sagt, dass das nicht so ist, aber dass derjenige, der sich nach dem Mediengesetz betroffen fühlt, an ihn herantreten soll.

GVM Schober (SPÖ) sagt, dass er ein Bürger ist, der sich betroffen fühlt.

Der **Bürgermeister** sagt, dann muss er sich an ihn wenden und nicht an den Gemeinderat. Wenn man es aber publik machen will, dann ist da der Gemeinderat besser geeignet.

GRM Gasplmayr (bim) sagt, dass er sich fragt, ob der Gemeinderat der richtige Platz ist, um darüber zu diskutieren. Er möchte aber doch seine Meinung sagen. Er gibt GVM Schober vollinhaltlich sachlich recht. Der Bürgermeister hat etwas hineingeschrieben, was nicht den Tatsachen entspricht. Er hat auch gesagt, dass er das mit der Richtigstellung machen wird, hat es aber nicht gemacht. Das steht ihm als Bürgermeister frei. Wie der Bürgermeister aber mit den Vorwürfen umgeht, ist seine Sache. Mehr möchte er dazu nicht sagen. Jetzt ist es aber öffentlich. Aber wenn ihm das so lieber ist, soll es auch recht sein.

Der **Bürgermeister** sagt, dass man aus der Textierung schon gesehen hat, dass gewisse Auffassungsunterschiede bestehen. Der eine hat die Meinung und der andere eine andere.

GRM Gasplmayr (bim) sagt, dass die Punkte eigentlich sehr sachlich von GVM Schober bearbeitet und belegt wurden und so darf sich der Bürgermeister nicht herauswinden. Aber wie bereits gesagt – er muss damit umgehen. Er – GRM Gasplmayr – versteht GVM Schober und er war auch sauer. Man muss aber akzeptieren, wie der Bürgermeister damit umgeht, so hat man ihn kennengelernt und so wird man ihn auch in Zukunft kennen.

GRM Buchriegler (ÖVP) sagt, man redet von einer Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit im Gemeinderat. GVM Schober vertritt das ja auch und es gilt eine Gemeindeordnung, wo die Aufgaben der Gemeinde festgelegt sind. Warum muss sich der Gemeinderat mit privatrechtlichen Belangen - eigentlich zwischen ihm und dem Bürgermeister - befassen? Es gibt nicht einmal einen Antrag von der SPÖ-Fraktion. Anschließend spricht sie das

angesprochene Sozialzentrum an und dementiert die Aussagen von GVM Schober. Sie glaubt auch nicht, dass die SPÖ da mit ihm geht, denn Herzog Erika war ihre Stellvertreterin in diesem Projekt. GVM Schober missbraucht die Leute für privatrechtliche Angelegenheiten, wo es nichts zum Abstimmen gibt. Die Herausgabe eines Amtsblattes ist Akt der Privatwirtschaftsverwaltung, die inhaltliche Ausgestaltung liegt im Verantwortungsbereich dessen, der nach dem Mediengesetz für den Inhalt verantwortlich ist – im Impressum ist das der Bürgermeister. Auf jeden Fall ist das nicht Gegenstand einer Gemeinderatssitzung und sie glaubt, dass man den Antrag damit zurückziehen kann.

GVM Schober (SPÖ) sagt, dass er seinen Antrag nicht zurücknimmt. Der Bürgermeister hat die Möglichkeit, einen Antrag nicht auf die Tagesordnung zu setzen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt der **Bürgermeister** *den Antrag, dass der Gemeinderat dafür nicht zuständig ist.*

GVM Schober (SPÖ) sagt, dass es nicht um ihn und dem Bürgermeister geht, sondern um eine Information an die Bevölkerung, die falsch ist!

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat lehnt mit 12 Nein-Stimmen (ÖVP, FPÖ), 3 Stimmenthaltungen (bim – ohne Rußmann und Koller) und 10 Ja-Stimmen (SPÖ sowie Rußmann und Koller – beide bim) durch Heben der Hand den Antrag von GVM Schober auf Richtigstellung der Amtlichen Mitteilung August 2017 durch den Bürgermeister ab.

Punkt 12) Rechnungsabschluss für das Finanzjahr 2017; Prüfbericht BH Kirchdorf/Krems; Kenntnisnahme

Der **Bürgermeister** sagt, dass der Bericht der BH Kirchdorf über die Prüfung des Rechnungsabschlusses 2017, BHKIGEM-2018-86794/3-Fr, gem. § 99 Abs. 2 Oö. GdeO 1990 dem GR zur Kenntnis zu bringen ist. Der Bericht ist mit der Einladung an alle GRM ergangen und er ersucht um Wortmeldungen.

Keine Wortmeldungen.

Punkt 13) Rückgabe der Wohnungsvergaben an Vermieter „Gem. Wohn- u. Siedlungsgenossenschaft Ennstal reg. Gen.m.b.H. Liezen“

Der **Bürgermeister** verweist auf den Dringlichkeitsantrag der bim und ersucht den Fraktionsobmann um seine Erläuterungen dazu.

GRM Gasplmayr (bim) sagt, dass der Gemeinderat die Rückgabe der Wohnungsvergabe, vorläufig eingeschränkt auf die Wohnungen der Wohnbaugruppe Ennstal, Buseckerstraße, an den Vermieter beschließen möge. Mit der Wohnungsvergabe fallen durch Ausschusssitzungen und Unterstützungsarbeit der Gemeindebediensteten Kosten an, die durch gesunkene Erfolgsquoten nicht mehr gerechtfertigt erscheinen. Die weitere Entwicklung soll durch eine

jährliche Evaluierung, gerne auch durch den Prüfungsausschuss, beobachtet werden. Er sagt weiters, dass es einen Bericht des Prüfungsausschusses dazu gibt. Die Vergabe der Wohnungen wird immer schwieriger, gerade bei den Ennstalwohnungen ist das eine große Problematik.

GVM Welser (SPÖ) sagt, dass er sich als Wohnungsausschussobmann zu Wort melden möchte. Als die Wohnhäuser in der Buseckerstraße damals gebaut wurden, hat die Gemeinde einen Grundkostenanteil geleistet, deshalb hat die Gemeinde auch die Wohnungsvergabe zuerkannt bekommen. Er verweist auch auf seine Vorgängerin Heidi Mitterbauer und sagt, dass diese schon immer bemüht war, die Wohnungsvergaben so gut wie möglich durchzuführen bezüglich Ausländeranteil, Dringlichkeit usw. Das war immer das Anliegen der SPÖ und ist auch heute noch sein Anliegen. Der Wohnungsausschuss war auch stets darum bemüht, dass die Wohnungen saniert werden. Was aber in den Wohnhäusern dort passiert, für das hat der Wohnungsausschuss keine Aufgabe. Der Ausschuss vergibt die Wohnungen und nimmt die Kündigungen an. Das zur Richtigstellung, so GVM Welser.

GVM Platzer (bim) sagt, dass sein Sohn, der im Wohnungsausschuss vertreten ist, leider heute nicht anwesend ist. GVM Welser ist mehrfach Ausschussmitgliedern aufgefordert worden, Maßnahmen gegenüber der WG Ennstal zu setzen. Das ist jetzt schon Monate aus und er hat bis heute nicht gehandelt. Es ist nichts passiert, obwohl das so im Ausschuss vereinbart wurde und deswegen wurde auch heute der Antrag eingebracht.

GRM Buchriegler (ÖVP) sagt, dass sie auch im Ausschuss vertreten ist und wenn GVM Welser sagt, was damals war bei Vizebürgermeisterin Heidi Mitterbauer – das ist schon Jahre oder Jahrzehnte au. Man redet von der Jetztzeit und sie ist schon im Ausschuss seit 2015 tätig und seit damals hat man schon darüber gesprochen, dass etwas passieren muss bei diesen Wohnungen, weil das Preis/Leistungsverhältnis nicht mehr stimmt. Tatsache ist, dass dort die Einheimischen, d.h. die ohne Migrationshintergrund, ausziehen oder sich in den neuen Häusern eine Wohnung nehmen. Es gibt lauter Umsiedelungen, weil dort die Qualität und der Preis nicht mehr passt. Man hat das schon so oft im Ausschuss gefordert und das ist auch protokolliert, man muss mit der WG Ennstal reden. Der Preis muss reduziert werden oder die Qualität muss verbessert werden. Und wenn bei einer Einladung 27 Wohnungen zu vergeben sind und beim Großteil der Wohnungen niemand gefunden wird, weil sie zu teuer sind, dann ist hier Handlungsbedarf. Das ist jetzt der erste Schritt, damit endlich einmal etwas passiert. Die Häuser fallen zusammen und es gibt so viele leerstehende Wohnungen. Das passiert mittlerweile auch bei den Wohnungen in der Wiesenstraße, da gibt es auch schon die ersten Klagen. Man muss mit den Wohnungseigentümern sprechen und sie müssen an der Qualität etwas ändern. Und jetzt wird das neue Wohnhaus wieder mit diesen Umzügen angefüllt. Deshalb ist der Antrag von bim der erste Schritt und die ÖVP stimmt dem zu.

GRM Herzog (SPÖ) sagt, dass sie auch im Ausschuss ist und es ist nicht so, dass die SPÖ die ganzen Jahre geschlafen hat. Es hat Gespräche mit der WG Ennstal gegen, wo ihnen mitgeteilt wurde, dass die Wohnungen zu teuer sind und auch zu groß, dass man 2 Kinderzimmer machen soll und auch ein Lift eingebaut werden soll. Wenn aber von der Genossenschaft ein nein kommt, was will man dann machen. Wenn man das jetzt so macht, hat die Gemeinde dann überhaupt keinen Einfluss mehr auf die Vergaben. Und wenn es um die Kosten geht, könnte man ja nur 4 Sitzungen im Jahr machen, das wurde auch im Ausschuss so besprochen und da waren alle, auch Platzer Christoph, dafür. Es wurde sie, dass das jetzt wieder anders geworden ist.

GVM Platzer (bim) sagt, dass sich sein Sohn für die 4 Sitzungen ausgesprochen hat, er aber auch den Antrag heute unterschrieben hat.

GRM Kores (FPÖ) sagt, dass jetzt Handlungsbedarf besteht und dass das der richtige Schritt ist.

GRM Brunner (SPÖ) sagt auch im Hinblick auf ihre Mutter, die zitiert worden ist und die das in ihrer Zeit unter vielfältigen Antragstellung schon gemacht hat, dass sie das zu bedenken gibt, dass man hier schon etwas abgibt. Natürlich ist alles mühsam und es hat auch bisher viele Sitzungen gegeben. Jetzt sollen nur mehr 4 Sitzungen gemacht werden. Es gibt auch für die großen Wohnungen Vorschläge für WGs – nicht nur für junge Leute, sondern auch für Senioren. Sie würde die Wohnungsvergabe aber nicht abgeben.

GRM Buchriegler (ÖVP) verweist auf die Ausschusssitzungen und sagt, dass das nicht mühsam, sondern einfach umsonst ist, wenn es keine Wohnungswerber gibt und hier auch Gemeindepersonal damit beschäftigt wird.

GVM Welser (SPÖ) sagt, dass es wahrscheinlich am 13.8. ein Gespräch mit der WG Ennstal geben wird, wo er den Bürgermeister, den Vizebürgermeister und die Fraktionsvorsitzenden dazu einladen wird.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 15 Ja-Stimmen (ÖVP, FPÖ, bim – ohne Rußmann und Koller), 8 Nein-Stimmen (SPÖ) und 2 Stimmenthaltungen (Rußmann und Koller – beide bim) durch Heben der Hand, dass die Gemeinde ab sofort auf das Vergaberecht für die Wohnungen der Gemeinnützigen Wohn- und Siedlungsgenossenschaft Ennstal reg. Gen.m.b.H. Liezen in der Buseckerstrasse verzichtet. Diese Entwicklung wird durch eine jährliche Evaluierung beobachtet.

Punkt 14) Allfälliges

Der **Bürgermeister** spricht anschließend **eine Einladung zum Besuch des Standermarktes** aus. Er wird dieses Mal mehrtägig abgehalten anlässlich 40 Jahre Standermarkt und findet von 6. bis 8.7. statt.

Anschließend informiert er darüber, dass

- das **Fest der Volkskultur** für 2020 von Molln ausgerichtet wird;
- von der Abt. Bildung eine negative Stellungnahme bezüglich des **Projektes Schulcampus** eingetroffen ist bzw. dass kein Bedarf zum Ausbau gesehen wird;
- dass die Gemeinde vom **Landesrechnungshof** geprüft wurde und der Schlussbericht im September zu erwarten ist.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) lädt für 8.9. zum **Kabarett Kammerhofer** in das NPZ ein.

Er fragt, ob es vielleicht eine Möglichkeit gibt, dass der Gemeinderat mit der neuen Nationalparkführung gemeinsam wandern geht in den Buchenwäldern und er verweist auf den Bericht in der Tips-Zeitung bezüglich **Unesco-Weltnaturerbe**.

Der **Bürgermeister** sagt, dass der Vizebürgermeister auch gleich die Organisation übernehmen soll.

GRM Buchriegler (ÖVP) sagt, dass der **Nationalparkdirektor** sich in der September-Sitzung vorstellen wird, diesbezüglich hat es ja schon Gespräche zwischen ihm und dem Bürgermeister gegeben. Sie wird ihm dann das wegen der gemeinsamen Wanderung auch gleich sagen.

GRM Aigner (SPÖ) sagt, da der Bürgermeister auf das Mediengesetz verwiesen hat, möchte er noch einmal zum **Punkt 11)** etwas sagen. Man weiß ganz genau, dass die Bevölkerung einer Amtlichen Mitteilung besonderen Wahrheitsgehalt beimisst. Er denkt daher, dass das nicht sein kann, dass der Bürgermeister da etwas hineinschreibt, das nicht stimmt und er darauf hingewiesen wird und dann auf das Mediengesetz verweist. Ihn wundert sehr, dass das vom Gemeinderat so zur Kenntnis genommen wird. Es ist nicht in Ordnung, dass ein Amtliches Blatt dazu missbraucht wird, ein Meinungsbild in der Bevölkerung zu schaffen und einfach die Richtung zu weisen.

GRM Brunner (SPÖ) ersucht darum, im Hinblick auf das 10-Jahres Jubiläum des **Theatervereines** für nächstes Jahr für ihr großes Projekt Unterstützung zuzusagen, denn heuer ist das Projekt ja abgesagt worden.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Bürgermeister schließt die Sitzung um 21.30 Uhr.